

Kahlschlag für unseren Forschungs- und Uni-Standort

Der Bund will auf dem Buckel der Menschen und Kantone sparen. Basel-Stadt wäre davon besonders stark betroffen.

von Sarah Wyss



Nationalrätin Sarah Wyss (SP/BS) schreibt im Gastkommentar zum Entlastungspaket 27, das der Bundesrat diese Woche in die Vernehmlassung schickt. Die Vorlage soll den Bundeshaushalt ab 2027 um 2,7 bis 3,6 Milliarden Franken entlasten und wieder ins Gleichgewicht bringen, wie es in der [☞ Medienmitteilung](#) der Landesregierung heisst.

Die Meinung im Gastkommentar muss sich nicht mit derjenigen der Redaktion decken.

Der Bund will rund drei Milliarden Franken sparen. Obwohl die Einnahmen chronisch zu tief budgetiert werden – und gerade erst letztes Wochenende bekannt wurde, dass noch «einige hundert Millionen» zusätzliche Einnahmen aus dem Kanton Genf in den kommenden Jahren eintreffen werden – schickt der Bundesrat heute ein faustdickes Abbaupaket in die Vernehmlassung.

Und dieses hat Auswirkungen auf unseren Kanton und unsere Bevölkerung.

Kahlschlag an vielen Orten – ausser der Armee

Der Bundesrat schickt ein ausgabenseitiges Abbaupaket in die Vernehmlassung – er lässt die Einnahmenseite quasi aussen vor. Und auch eine Modernisierung der Schuldenbremse, um den unnötigen Druck aus dem Budget zu nehmen, wird im 94-seitigen Dokument auf einer halben Seite verworfen.

Stattdessen schlägt er 59 Massnahmen vor, für 36 von ihnen braucht es Gesetzesänderungen. Die 23 Massnahmen ohne Gesetzesänderung könnten bereits 2026 ins Budget einfließen.

Es ist ein Kahlschlag an vielen Orten. Ausser bei der Armee. Obwohl wir nun alle wissen, dass in der Armee die Projekte aus dem Ruder laufen und Millionen verlocht werden, stopft das Parlament die Armee ideologisch mit immer noch mehr Geldern zu – bevor die Probleme gelöst sind. Und trotzdem wird nun die Armee von jeglichen Sparmassnahmen ausgenommen.

Forschungsstandort Schweiz in Gefahr

Der Kahlschlag betrifft also nicht ganz alle. Und vor allem ist es in erster Linie eine Verschiebung der Kosten. Die Kosten werden nicht einfach verschwinden, sondern andere werden sie tragen.

In den häufigsten Fällen sind es die Menschen, welche schlicht mehr bezahlen müssen. So beispielsweise mit höheren Studiengebühren (120 Millionen Franken), höheren ÖV-Preisen (60 Millionen Franken) und höheren Abonnentenpreisen bei Tageszeitungen (25 Millionen Franken).

Oder aber die Kantone werden zur Kasse gebeten, weil diese die Kosten übernehmen müssen. So sollen die Beiträge an Hochschulen gesenkt werden und der Forschung droht gleich über mehrere Budgetposten ein Sparhammer. Wenn hier nicht die Kantone und die Wirtschaft einspringen, ist der Forschungsstandort Schweiz in Gefahr.

Ideologische Sparwut

Basel-Stadt als Unistandort, als Wirtschaftsmotor aber auch als Stadtkanton ist von vielen Massnahmen besonders betroffen. Besonders ins Gewicht fällt die Kürzung um 140 Millionen beim soziodemographischen Lastenausgleich. Davon trägt Basel-Stadt rund 17 Millionen.

Auch wenn einzelne Massnahmen durchaus sinnvoll sind, das Gesamtpaket ist es nicht. Wir stecken mitten in einer Krisenzeit. Wir müssen nun investieren – nicht nur in Drohnen und Panzer – sondern in die Bildung, in die Forschung, in die Kaufkraft, die soziale Sicherheit, die Gesundheitsförderung und in den Frieden. Doch viele Massnahmen zielen genau in die andere Richtung.

Ich erhoffe mir eine vereinte Region, welche sich für die Anliegen der Region und der Menschen, welche hier leben, stark macht. Die ideologische Sparwut mit diesem Staatsabbau schadet. Und ist vor allem auch nicht notwendig.

Hier geht es zur gesamten [☞ Vernehmlassungsvorlage](#).